

Der Angriff in Kaschmir: Eine israelische False flag?



1. Mai 2025 | J.K. Nourse

Bereiten [Indien und Israel](#) den perfekten Krieg vor?

Es gibt Gerüchte über einen Krieg zwischen Pakistan und Indien. Der Casus Belli ist der Terroranschlag in Pahalgam am 22. April 2025.

Der Angriff richtete sich gegen Touristen in der Nähe von Pahalgam in der von Indien verwalteten Region Jammu und Kaschmir. Fünf bewaffnete Kämpfer griffen Besucher im Baisaran-Tal an, töteten 26 Zivilisten (zumeist Hindu-Männer) und verletzten 20 weitere. Die Angreifer benutzten AK-47 und M4-Karabiner und wählten Berichten zufolge die Opfer aufgrund ihrer Religion aus, forderten einige auf, das islamische Glaubensbekenntnis zu rezitieren, und erschossen sie, wenn sie dies nicht tun konnten. Unter den Opfern befand sich auch ein lokaler muslimischer Eselskarrenfahrer, der versuchte, einzugreifen und dabei getötet wurde. Alle Angreifer konnten entkommen und wurden bisher nicht gefasst.

Eine vage und wenig bekannte Gruppe, die Widerstandsfront (TRF), von der manche sagen, sie sei ein Ableger der in Pakistan ansässigen Lashkar-e-Taiba (LeT), übernahm zunächst die Verantwortung, zog diese Behauptung jedoch später zurück. Die indischen Behörden identifizierten drei der Angreifer: zwei pakistanische Staatsangehörige und einen Einheimischen aus Kaschmir, die alle mit der LeT in Verbindung gebracht werden. Die Ermittlungen ergaben, dass ein pakistanischer Kämpfer zuvor in den paramilitärischen Streitkräften Pakistans gedient hatte, bevor er sich LeT anschloss. Die indische Regierung setzte ein Kopfgeld für Informationen aus, die zur Ergreifung oder Tötung der Verdächtigen führen.

Der Anschlag führte zu einer deutlichen Eskalation der Spannungen zwischen Indien und Pakistan. Indien beschuldigte Pakistan, den grenzüberschreitenden Terrorismus zu unterstützen, setzte den

Indus-Wasser-Vertrag aus, wies pakistanische Diplomaten aus, schloss die Grenzen und sperrte den Luftraum für pakistanische Fluggesellschaften. Pakistan wies die Anschuldigungen zurück und schlug mit der Aussetzung des Simla-Abkommens, Handelsbeschränkungen und der Sperrung des Luftraums zurück. Kurz nach dem Anschlag kam es zu Grenzscharmützeln entlang der Kontrolllinie.

Obwohl die Angreifer nicht gefasst wurden, gab Indien an, einige von ihnen durch nachrichtendienstliche Ermittlungen, Untersuchungen und Verhöre von lokalen Helfern identifiziert zu haben.

Die indischen Sicherheitsbehörden identifizierten drei der vier mutmaßlichen Angreifer. Zwei von ihnen sollen pakistanische Staatsangehörige sein und einer ist ein Einheimischer aus dem von Indien verwalteten Kaschmir. Der wichtigste identifizierte Angreifer ist ein gewisser Hashim Musa, der nach indischen Angaben ein Mitglied der Lashkar-e-Taiba (LeT) ist. Die indischen Behörden haben auch lokale Vermittler identifiziert – etwa 15 lokale kaschmirische Overground Workers (OGWs) –, die den Angreifern mit Logistik, Aufklärung, Unterkünften und möglicherweise Waffenlieferungen geholfen haben. Die elektronische Überwachung, einschließlich der Überwachung von Telefonaten und Chats, half dabei, diese lokalen Helfer und ihre Beteiligung an der Unterstützung der Angreifer zu ermitteln.

Die Identifizierung der Angreifer stützte sich auf nachrichtendienstliche Informationen, elektronische Überwachung, Verhöre von inhaftierten Verdächtigen und die Überprüfung des Hintergrunds von Schlüsselterroristen wie Hashim Musa, den Indien mit dem pakistanischen Militär und der LeT-Führung in Verbindung bringt.

Da Indien Rache will und den Anführer der Angreifer als Pakistaner identifiziert hat, wird dies von der Modi-Regierung als ausreichender Grund für einen Vergeltungsschlag gegen Pakistan angeführt, der einen Krieg zwischen den beiden Nationen bedeuten würde.

Aber hier ist es wichtig, die wichtige Frage zu stellen. Wer hat von diesem Angriff profitiert? Es gibt keinen Grund, der darauf schließen lässt, dass Pakistan Indien durch einen sinnlosen Angriff in einer unbeständigen Region provozieren will. Pakistan weiß, dass ein Krieg unnötige Verwüstungen für sein Volk bedeuten würde, das ohnehin schon zu den ärmsten in der Region gehört. Und Pakistan weiß auch, dass es angesichts der Größe Indiens nicht gegen das Land gewinnen kann.

Die Identifizierung der Angreifer stützte sich auf nachrichtendienstliche Informationen, elektronische Überwachung, Verhöre von inhaftierten Verdächtigen und die Überprüfung des Hintergrunds von Schlüsselterroristen wie Hashim Musa, den Indien mit dem pakistanischen Militär und der LeT-Führung in Verbindung bringt.

Da Indien Rache will und den Anführer der Angreifer als Pakistaner identifiziert hat, wird dies von der Modi-Regierung als ausreichender Grund für einen Vergeltungsschlag gegen Pakistan angeführt, der einen Krieg zwischen den beiden Nationen bedeuten würde.

Aber hier ist es wichtig, die wichtige Frage zu stellen. Wer hat von diesem Angriff profitiert? Es gibt keinen Grund, der darauf schließen lässt, dass Pakistan Indien durch einen sinnlosen Angriff in einer unbeständigen Region provozieren will. Pakistan weiß, dass ein Krieg unnötige Verwüstungen für sein Volk bedeuten würde, das ohnehin schon zu den ärmsten in der Region gehört. Und Pakistan weiß auch, dass es angesichts der Größe Indiens nicht gegen das Land gewinnen kann.

Doch wie steht es mit Indien? Profitiert es von diesem Anschlag? Man denke nur an die Maßnahmen, die Indien unmittelbar nach dem Anschlag aufgrund der Vorwürfe ergriffen hat.

Der Anschlag löste in Indien starken öffentlichen Druck für eine entschiedene Reaktion gegen den Terrorismus aus. Dies ermöglichte es der Regierung von Premierminister Modi, strengere Sicherheitsmaßnahmen und Maßnahmen gegen Pakistan politisch zu rechtfertigen und zu festigen.

Der indische Kabinettsausschuss für Sicherheit unter Modis Führung gewährte den Streitkräften operative Freiheit für ein entschlossenes Vorgehen. Dies könnte Indien ermöglichen, terroristische Bedrohungen zu neutralisieren und die Abschreckung gegen grenzüberschreitenden Terrorismus wiederherzustellen.

Indien setzte den Indus-Wasservertrag aus und schloss den Grenzübergang Attari-Wagah, was den Handel und die diplomatischen Beziehungen zu Pakistan beeinträchtigt. Diese Maßnahmen signalisieren Indiens Bereitschaft, den diplomatischen und wirtschaftlichen Druck auf Pakistan zu erhöhen.

Betrachten wir nun die weiteren Aspekte dieser Tragödie.

Indien und Israel pflegen seit den 1980er Jahren eine enge Zusammenarbeit im Geheimdienst- und Sicherheitsbereich. Indiens Research and Analysis Wing (RAW), gegründet 1968, knüpfte schon früh enge Beziehungen zum israelischen Mossad und konzentrierte sich auf gemeinsame Bedrohungen wie Terrorismus und feindliche Nachbarn.

Die Zusammenarbeit zwischen RAW und Mossad begann in den 1980er Jahren, noch vor der Aufnahme formeller diplomatischer Beziehungen 1992, und umfasste den Austausch geheimdienstlicher Erkenntnisse, Schulungen zur Terrorismusbekämpfung und Technologietransfer.

Israel hat Indien mit fortschrittlicher Überwachungstechnologie versorgt, darunter Drohnen (wie die Heron UAV), Sensoren und Cyberabwehrtraining, die für die Überwachung sensibler Grenzen zu Pakistan und China von entscheidender Bedeutung sind.

Israel unterstützte Indien bei der Implementierung des Central Monitoring System (CMS), einer Infrastruktur zur elektronischen Massenüberwachung, an dessen Entwicklung israelische Unternehmen wie Verint Systems beteiligt waren.

Die Partnerschaft im Verteidigungs- und Geheimdienstbereich wurde um die gemeinsame Entwicklung von KI- und Waffensystemen erweitert und spiegelt eine strategische Synergie bei der Bewältigung gemeinsamer Sicherheits Herausforderungen wider.

Kontroversen wie die Vorwürfe der Pegasus-Spyware haben Bedenken hinsichtlich des Einsatzes israelischer Technologie in der indischen Überwachung geweckt, die Zusammenarbeit bleibt jedoch insgesamt eng.

Das zeigt eine sehr enge Verflechtung Israels mit Indien.

Andererseits unterhalten Israel und Pakistan keine formellen diplomatischen Beziehungen, und ihr Verhältnis ist von langjährigen politischen und ideologischen Differenzen geprägt. Die Hauptgründe für Israels ablehnende Haltung gegenüber Pakistan liegen in Pakistans anhaltender Ablehnung der Legitimität Israels und seiner Unterstützung der palästinensischen Sache sowie seiner Ablehnung des Völkermords im Gazastreifen.

Pakistan hat Israel nie als souveränen Staat anerkannt und stimmte gegen den Teilungsplan der Vereinten Nationen für Palästina von 1947, wodurch die Gründung Israels abgelehnt wurde.

Pakistan betrachtet Israel als ein durch britische Politik geschaffenes Kolonialunternehmen, das die lokale Bevölkerung spaltete, und argumentiert, dass ein auf religiöser Identität gegründeter Nationalstaat wie Israel weder säkular noch fair gegenüber Minderheiten sein könne.

Pakistan kritisiert die israelische Politik, insbesondere gegenüber Gaza und den Palästinensern, lautstark und organisiert häufig Demonstrationen und politische Rhetorik gegen Israel. Die pakistanische Regierung hat israelische Politiker sogar als Kriegsverbrecher bezeichnet und unterstützt Boykotte von Unternehmen, die Israel unterstützen.

Israel betrachtet Pakistan als bedeutenden islamischen Staat mit nuklearen Kapazitäten und Einfluss in islamischen Foren wie der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC). Trotz fehlender formeller Beziehungen gab es aufgrund der strategischen Bedeutung Pakistans diskrete Kontakte. Offene Beziehungen werden jedoch durch Pakistans öffentliche Haltung gegenüber Israel erschwert.

Die Feindseligkeit wird auch durch Pakistans Wunsch genährt, sich der islamischen Welt anzuschließen und die Solidarität mit den Palästinensern aufrechtzuerhalten, was sowohl ideologischen als auch innenpolitischen Zwecken dient.

Andererseits sind Iran und Pakistan seit jeher befreundet und pflegen enge kulturelle, religiöse und historische Bindungen. Iran war 1947 das erste Land, das Pakistans Unabhängigkeit offiziell anerkannte, und Pakistan gehörte zu den ersten Ländern, die nach der Revolution von 1979 die Islamische Republik Iran anerkannten, was gegenseitigen Respekt und Solidarität verdeutlicht.

Wirtschaftlich unterhalten Iran und Pakistan bedeutende Handelsbeziehungen und kooperieren bei Projekten wie der iranisch-pakistanischen Gaspipeline, obwohl die US-Sanktionen gegen den Iran den Fortschritt behindert haben. Beide Länder kooperieren auch bei der Bekämpfung von Drogenhandel und Aufständen in Grenzgebieten.

Pakistan versucht politisch oft, seine Beziehungen zu Iran und Saudi-Arabien auszubalancieren, was es manchmal in eine heikle Lage bringt. Beide Länder teilen die Sorge um die Stabilität in Afghanistan und setzen sich für den Frieden dort ein.

Jeder Freund des Iran ist ein Feind Israels.

Israel drückte Indien nach dem Anschlag von Pahalgam seine starke Unterstützung aus. Der israelische Botschafter in Indien, Reuven Azar, betonte Israels Unterstützung für Indiens Recht auf Selbstverteidigung und Souveränität bei der Reaktion auf den Anschlag und erklärte, Indien wisse, was zu tun sei, und habe das Recht, die notwendigen Verteidigungsmaßnahmen zu ergreifen.

Wichtiger noch: Israel zog Parallelen zwischen dem Anschlag von Pahalgam und dem Hamas-Terroranschlag in Israel im Oktober 2023 und stellte fest, dass Terrororganisationen zunehmend zusammenarbeiten und sich gegenseitig inspirieren. Der israelische Geheimdienst enthüllte Indien daraufhin, dass sich hochrangige Hamas-Führer zwei Monate vor dem Anschlag von Pahalgam mit pakistanischen Terrorgruppen im pakistanisch besetzten Kaschmir (PoK) getroffen hatten. Ziel war es, das Ausmaß der Hamas-Netzwerke aufzuzeigen und Pakistan als Terrorstaat zu bezeichnen.

Israel hat zwar keine operativen Details seiner Unterstützung öffentlich gemacht, ist aber bereit, Indien bei Bedarf mit Geheimdienstinformationen, Technologie und Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung zu unterstützen. Premierminister Benjamin Netanjahu und Außenminister Gideon Sa'ar stellten sich öffentlich an die Seite Indiens im Kampf gegen den Terrorismus, verurteilten den Anschlag und boten Solidarität an.

Darüber hinaus gibt es die anhaltende Forderung, Jammu und Kaschmir nach dem israelischen Modell zu regieren. Dieses „israelische Modell“ für Jammu und Kaschmir bezeichnet einen umstrittenen Ansatz, der von einigen indischen Strategen und Beamten vertreten wird und Parallelen zwischen Indiens Kontrolle über Kaschmir und Israels Besatzungs- und Siedlungspolitik in den palästinensischen Gebieten zieht. Dieses Modell beinhaltet eine langwierige militärische Besetzung, demografische Manipulation und strenge Kontrollmaßnahmen, einschließlich Überwachung und Polizeiarbeit, ähnlich denen, die Israel im Westjordanland und im Gazastreifen anwendet.

Indische Strafverfolgungsbehörden und Militärs wurden aufgefordert, in Kaschmir, insbesondere nach Angriffen auf Zivilisten, Vergeltungs- und Aufstandsbekämpfungstaktiken nach dem Vorbild Israels anzuwenden. Dies beinhaltet eine massive Militarisierung und oft ein hartes Vorgehen gegen Andersdenkende.

Es gibt Forderungen und Initiativen zur Ausstellung von Wohnsitzbescheinigungen für Nicht-Einheimische und zur Förderung der Ansiedlung nicht-kaschmirischer Bevölkerungsgruppen in Jammu und Kaschmir, ähnlich wie israelische Siedlungen in besetzten palästinensischen Gebieten. Dies wird als eine Form der demografischen Manipulation angesehen, die darauf abzielt, die ethnische und religiöse Zusammensetzung der Region zu verändern.

Indien hat bereits israelische Überwachungs-, Drohnen- und digitale Repressionstechnologien für den Einsatz in Kaschmir adaptiert, was eine gemeinsame Infrastruktur staatlicher Kontrolle und Repression widerspiegelt.

Sowohl Israel als auch Indien sind ethnonationalistische Staaten, die anhaltende Besatzung normalisieren und Dissens in umkämpften Regionen kriminalisieren.

Der Ruf nach einem „Israel-Modell“ hat bei Kaschmiris, Pakistanis und internationalen Beobachtern Empörung ausgelöst, die darin eine Rechtfertigung für Menschenrechtsverletzungen, Siedlerkolonialismus und mögliche ethnische Säuberungen sehen. Pakistanische Beamte haben Indiens Übernahme einer Siedlungspolitik nach israelischem Vorbild als Verstoß gegen UN-Resolutionen verurteilt.

Gäbe es einen besseren Weg, Jammu und Kaschmir zum „Palästina“ des Subkontinents zu machen, als einen Angriff „wie am 7. Oktober“? Das ist etwas, was Modi schon immer wollte. Warum? Weil Muslime in der hindu-nationalistischen (Hindutva) Ideologie schlimmer sind als Dämonen, die nur zum Abschlachten geeignet sind. Modis Partei fördert diese Islamophobie aktiv. Diese Form der Islamophobie ist tief im politischen und sozialen Gefüge Indiens verwurzelt, insbesondere unter dem Einfluss von Parteien wie Modis Bharatiya Janata Party (BJP) und mit ihr verbündeten Gruppen. Indien von allen Muslimen und Christen zu befreien, ist ein uraltes Hindutva-Ziel.

Solche Hindu-Nationalisten sehen Muslime als Bedrohung für die hinduistische Kultur und Nation und stellen sie aufgrund vermeintlich höherer Geburtenraten als demografische Bedrohung dar. Sie

verknüpfen dies mit historischen Missständen wie der islamischen Eroberung Indiens und der Teilung Indiens 1947.

Islamfeindliche Narrative wurden genutzt, um Gewalt gegen Muslime zu rechtfertigen. Seit der Unabhängigkeit sind zahlreiche Fälle von kommunalen Unruhen, gezielten Angriffen und systematischer Diskriminierung dokumentiert. Diese Taten sind oft politisch motiviert und stehen im Zusammenhang mit den Wahlstrategien hindu-nationalistischer Parteien.

Antimuslimische Hassreden und Propaganda haben in den letzten Jahren stark zugenommen, darunter aufrührerische Musiktitel und Social-Media-Kampagnen, die islamfeindliche Stimmungen schüren, insbesondere nach Ereignissen wie Terroranschlägen, für die Muslime verantwortlich gemacht werden. Diese Kampagnen rufen zur Ausgrenzung, Gewalt und sogar zur ethnischen Säuberung von Muslimen aus Indien auf.

Hindu-nationalistische Gruppen wie die Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) und die Vishva Hindu Parishad (VHP) spielen eine bedeutende Rolle bei der Verbreitung islamfeindlicher Rhetorik und der Anstiftung zu Gewalt.

Islamfeindlichkeit und ihre Verbreitung sind eine Spezialität des Mossad und finden in Indien fruchtbaren Boden.

Wer profitiert also vom Anschlag in Pahalgam?

Wenn Indien Pakistan angreift, ist der Iran direkt nebenan, und Israel kann seinen lang erwarteten Angriff dank der Freundschaft zwischen den beiden islamischen Nationen problemlos über Pakistan durchführen. Zudem hat Modi einen Vorwand, Jammu und Kaschmir in sein eigenes „Palästina“ zu verwandeln. Und indem er Pakistan angreift, sichert er sich seine eigene politische Popularität. Modi muss für seine Anhänger wieder wichtig und beliebt werden. Islamfeindlichkeit ist der beste Weg, beides zu erreichen, wie Israel nur zu gut weiß.

Wir wissen seit langem, dass die USA und Israel in Pakistan Dschihadisten ausbilden und finanzieren, die oft eingesetzt werden, um die pakistanischen Herrscher in Zentralasien in Schach zu halten. Es ist kaum abwegig, dass diese „Expertise“ in Pahalgam eingesetzt wurde, um die gewünschten Ergebnisse zu erzielen.

Mit anderen Worten: eine perfekte False-Flag-Aktion. Es ist eine Seite direkt aus Bibi Netanjahus eigenem Drehbuch.